

Niederschrift
der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.06.2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack

Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Christian Binder

Herr Volker Borbe

Herr Jan Gottschling

Herr Ulrich Grösser

Herr Stefan Nachtwey

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Kirstin Gessert

Herr Stephan Latzko

Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.05.2022
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Bebauungsplan Nr. 61 der Hansestadt Stralsund „Östlich der Smiterlowstraße“, Abwägungs- und Satzungsbeschluss für die 1. Änderung
Vorlage: B 0192/2021
- 4 Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1** Konzept des Wochenmarktes überarbeiten
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0126/2021
- 4.2** zero waste city
- 4.3** Markierung Radverkehr Tribseer Damm
- 5** Verschiedenes
- 10** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.05.2022

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 12.05.2022 wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 61 der Hansestadt Stralsund „Östlich der Smierlowstraße“, Abwägungs- und Satzungsbeschluss für die 1. Änderung Vorlage: B 0192/2021

Frau Gessert erläutert die Vorlage und geht auf die bisherigen Verfahrensschritte und das Vorhaben ein. Es liegt der Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur Beratung vor.

Es gibt keine Fragen zur Vorlage.

Herr Bauschke stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 00192/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Konzept des Wochenmarktes überarbeiten Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI Vorlage: AN 0126/2021

Herr Tanschus führt aus, dass es Überlegungen gibt, auf dem Alten Markt einen Samstagsmarkt zu etablieren. Dazu wurden Gespräche mit dem langjährigen Partner der Rostocker Großmarkt GmbH geführt. Aufgrund der Tatsache, dass die Rostocker Großmarkt GmbH für das Unterfangen nicht ausreichend Partner gewinnen konnte und sich das Vorhaben für die Gesellschaft nicht wirtschaftlich darstellen lässt, wird der Markt vorerst nicht veranstaltet. Herr Tanschus erklärt, dass die Verwaltung auf der Suche nach anderen Partnern ist. Anfang Juli wird es ein Treffen mit regionalen Produzenten geben.

Auf Nachfrage von Herrn Suhr erklärt Herr Tanschus, dass die Umwandlung des Freitagmarktes in einen reinen Foodmarkt einen entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss voraussetzt. Aus seiner Sicht kann der Antrag auch durch den Ausschuss eingebracht werden.

Der Ausschussvorsitzende macht folgenden Formulierungsvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Das Konzept des Wochenmarktes wird dahingehend abgeändert, dass am Freitag auf dem Neuen Markt einer reiner Foodmarkt stattfindet. Die übrigen Bestandteile des Wochenmarktkonzeptes bleiben unberührt.

Herr Bauschke stellt den Formulierungsvorschlag zur Abstimmung:

Der Antrag wird in die Bürgerschaft am 25.08.2022 eingebracht.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 4.2 zero waste city

Mit Hilfe einer Präsentation geht Herr Latzko auf das Thema Zero Waste City und damit auf einen Bürgerschaftsbeschluss (2022-VII-01-0787) ein.

Die von Herrn Latzko gezeigte Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Geprüft werden sollte, ob das Zero Waste City Konzept der Hansestadt Kiel in Teilen auch in Stralsund umgesetzt werden kann.

Bei Zero Waste City handelt es sich um eine Zertifizierung im Programm innerhalb eines internationalen Netzwerkes (Zero Waste Europe). Bisher nehmen ca. 500 europäische Gemeinden teil. Ziel ist es, die Kommunen bei der Schaffung und Umsetzung von Systemen zu unterstützen, welche von vornherein keinen Abfall erzeugen.

Zu Beginn geht der Klimaschutzmanager auf die einzelnen Begrifflichkeiten ein.

Zero waste bedeutet Null Abfall, also der Erhalt aller Ressourcen durch verantwortungsvollen Konsum, nachhaltige Produktion und Wiederverwendung.

Die fünfstufige Abfallhierarchie basiert vor allem auf der Vermeidung von Abfall und nicht mehr auf dessen Beseitigung. Ziel ist, die Vermeidung in allen Produktzyklen in den Vordergrund zu stellen.

Die Partnerstadt Kiel hat im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative einen Fördermittelantrag für ein innovatives Klimaschutzteilkonzept gestellt und eine Bewilligung erhalten.

Es soll eine deutliche Reduzierung des Geschäfts- und Hausmülls (Restmüll) von 50 % bis 2035 erreicht werden. Außerdem die Reduzierung der Abfallmenge pro Kopf und Jahr um durchschnittlich 15 % bis 2035.

Die Zeitspanne (2025 – 2050) macht deutlich, dass es sich um ein langfristiges Projekt handelt.

Es wurden verschiedene Sektoren (Abfallsystemumstellung, öffentliche Verwaltung, Haushalte, Bildungseinrichtungen, Gewerbe, Handel und Events) gebildet.

Aus den Beteiligungen zu diesem Projekt haben sich 90 Umsetzungs- und 17 Kommunikationsmaßnahmen gebildet.

Für die Hansestadt Stralsund nennt Herr Latzko folgende Möglichkeiten zur Beteiligung am Programm:

- Einwegverbot in allen städtischen Organisationen
- Digitalisierung in der Verwaltung (papierloses Office)
- Catering in der Verwaltung nach zero waste Richtlinien
- Nachhaltigkeit in der Beschaffung
- Workshops

Für private Haushalte ist folgendes umsetzbar:

- Plattformen für leihen, tauschen, reparieren (Repair Café in der Jona Schule)
- Second-Hand-Party
- Müllsammelaktionen
- Zero Waste Haushaltschallenges

Denkbar sind auch Aktionen an Schulen, bei denen eventuell die Fridays for Future Bewegung einbezogen werden könnte.

Auch im touristischen Bereich gibt es Angebote bzw. sind sie denkbar. Weiter weist Herr Latzko auf die Initiative „Too Good To Go“ und Recup / Rebowl und den Unverpackt-Laden hin.

Auch auf Veranstaltungen kann auf Mehrweglösungen umgestellt werden, dabei könnte die Anschaffung von Spülstationen hilfreich sein. An denen wird das gesammelte Geschirr gereinigt und wieder an die Imbiss-/Getränkstände verteilt.

Abschließend erklärt Herr Latzko, dass einige Maßnahmen aus Kiel auch in Stralsund durchgeführt werden können oder bereits durchgeführt werden.

Ein Zero Waste Konzept für Stralsund wäre also möglich.

In Bezug auf die Abfallwirtschaft ist die Beteiligung des Landkreises unbedingt erforderlich.

Herr Suhr erkundigt sich nach den nächsten Schritten und ob schon Gespräche mit der Abteilung Abfallwirtschaft des Landkreises geführt worden sind.

Außerdem erkundigt er sich nach dem Sachstand der Satzung zur Vermeidung von Müll bei Veranstaltungen.

Der Sachstand zur Satzung wird von der Geschäftsführung des Ausschusses erfragt.

Herr Latzko erklärt, dass die Maßnahmen projektorientiert umgesetzt werden sollen und bisher nicht vorgesehen ist, Fördermittel zu beantragen.

Auf Wunsch des Ausschusses wird der Klimaschutzmanager Kontakt zum Landkreis aufnehmen.

Herr Grösser spricht sich dafür aus, die Fridays for Future Bewegung nur bedingt an den Aktionen zu beteiligen.

Weiter fragt er, ob das Reparatur-Café von der Stadt unterstützt wird.

Herr Latzko verneint eine Unterstützung von Seiten der Stadt, das Café finanziert sich ausschließlich durch Spenden.

Außerdem erklärt Herr Latzko, dass die Mitglieder der Zukunftsbewegung dazu animiert werden sollen, Abfall-Projekte in den Schulen anzuschließen und zu begleiten, um ein breiteres Bewusstsein für das Anliegen zu schaffen.

Herr Bauschke bittet um Zustimmung der Ausschussmitglieder, sollten diese den Prüfauftrag als erledigt betrachten.

Herr Latzko informiert den Präsidenten der Bürgerschaft über das Beratungsergebnis.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.3 Markierung Radverkehr Tribseer Damm

Einleitend erklärt Herr Dr. Raith, dass nicht fraglich ist, ob etwas im genannten Bereich des Tribseer Damms verändert, sondern was angepasst werden muss. Momentan ist die Situation mit Fahrradfahrern, Fußgängern, Autos und Busverkehr im Bahnhofsumfeld sehr unbefriedigend und weist mehrere kritische Punkte auf.

Der Amtsleiter schildert die derzeitige Situation vor dem Intercity Hotel und auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

Die Gegebenheiten sind nicht nur unfallträchtig, sondern auch kein gutes Aushängeschild für die Touristenstadt Stralsund. Außerdem müssen konsistente Verkehrsanlagen geschaffen werden, mit denen es möglich ist, die Verkehrsregeln einzuhalten und zu verstehen.

Herr Bauschke erfragt, welche Änderungsvorschläge zu dem vorgestellten Konzept es in den einzelnen Fraktionen gab.

Herr Haack teilt mit, dass das Konzept aus Sicht seiner Fraktion nicht umsetzbar ist. Die Situation am Bahnhof muss angepasst werden, aber alle weiteren Änderungen sind unnötig oder zu einseitig auf Radfahrer abgestimmt. Durch die Begrenzung auf eine Fahrspur für Autofahrer erhöht sich die Staugefahr erheblich.

Herr Grösser teilt für seine Fraktion mit, dass diese die Verengung auf eine Fahrspur ebenfalls nicht mittragen wird.

Die Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN/DIE PARTEI begrüßt das Konzept und hält es für umsetzbar. Eine wesentliche Veränderung ist unabdingbar notwendig.

Herr Gottschling teilt für die Fraktion DIE LINKE mit, dass diese das Konzept unterstützt. Für ihn ist eine Staubildung nicht ersichtlich, da der Verkehr bereits einspurig geführt und erst ab dem Bahndamm aufgesplittet wird.

Herr Borbe erklärt, dass aus Sicht seiner Fraktion vor allem der Radfahrstreifen zwischen den beiden Fahrspuren problematisch ist. Eine Veränderung der Situation vor dem Intercity Hotel hält seine Fraktion ebenfalls für notwendig, kann dem vorgestellten Konzept aber nicht zustimmen.

Herr Grösser merkt an, dass der Verkehr in Richtung Bahnhof aus der Karl-Marx-Straße kommend zweispurig geführt wird und in diesem Bereich sehr wohl mit Rückstau zu rechnen ist.

Der Ausschussvorsitzende nennt die kritischen Punkte des Konzeptes:

- die Verengung der Fahrbahn auf eine Spur
- Kreuzung der Abbiegespur durch den Radfahrstreifen (Kreuzungsbereich Intercity Hotel)
- die bereits vorhandenen und gutausgebauten Radwege auf Teilen der Strecke

Herr Bogusch nimmt die Bedenken zur Kenntnis, weist aber darauf hin, dass es sich bei dem von der Verwaltung vorgestellten Konzept um eine gängige und umsetzbare Lösung handelt.

In Bezug auf die Leistungsfähigkeit erklärt Herr Bogusch, dass er stadteinwärts keine Schwierigkeiten erwartet.

Dennoch wurde ein weiterer Vorschlag für die Radfahrspur erarbeitet. Denkbar ist eine gemeinsame Geradeaus- und Linksabbiegespur für den Pkw- und die Nutzung der rechten Spur für den Radverkehr.

Der Abteilungsleiter stimmt Herrn Bauschke in Bezug auf die vorhandenen Radwege zu und schlägt vor, eine Fahrspur durch den Aufbau eines Popupradweges für den Autoverkehr zu sperren.

Eine weitere Erprobung könnte im Bereich der Tribseer Straße erfolgen und an der Kreuzung der Linksabbiegepeil gestrichen und die Signalanlage entsprechend angepasst werden, um die Auswirkungen zu ermitteln. Der Verkehr zum Neuen Markt nimmt mit Verlegung des Parkplatzes vermutlich deutlich ab.

Mit einer Verlegung der Busbucht in Richtung Bahnhofstraße könnte der gewonnene Platz für die Einrichtung der Rechtsabbiegespur genutzt werden. So könnte auch der geplante Radfahrstreifen verbreitert werden.

Aus Sicht der Verwaltung sollte das Konzept angepasst, aber nicht gänzlich verworfen werden. Herr Bogusch ergänzt, dass sollte eine Fahrspur als Radweg umfunktioniert werden, der Radweg vor dem Intercity Hotel wegfallen würde und so die Situation entschärft wäre.

Herr Haack spricht sich dafür aus, eine gesonderte Lösung vor dem Intercity Hotel zu planen und zu besprechen und die übrigen Gegebenheiten beizubehalten.

Herr Suhr ist der Meinung, dass die von Herrn Bogusch vorgeschlagenen Tests durchzuführen, die Ergebnisse abzuwarten und im Ausschuss zu beraten sind.

Herr Suhr erfragt, ob nicht ein Gesamtkonzept erarbeitet werden müsste, welches die Fahrradstraße und eine eventuelle Sperrung des Jungfernstiegs für den Kfz-Verkehr, sowie den Ausbau des Ostseeküstenradweges berücksichtigt.

Herr Bogusch stimmt zu, dass der Jungfernstieg betrachtet und eine Lösung gefunden werden muss, allerdings ist dies auch nach Umsetzung des vorliegenden Konzeptes möglich.

Herr Bauschke erkundigt sich, ob das Vorhaben ohne ein Votum des Ausschusses ruht oder ob es auf jeden Fall in Angriff genommen wird.

Herr Bogusch erklärt, dass Handlungsbedarf besteht und Fördermittel genutzt werden sollen, solange aber der Abstimmungsprozess läuft, keine weiteren verpflichtenden Schritte unternommen werden.

Herr Bauschke beantragt, das Thema mit den vorgestellten Anpassungen noch einmal zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Dr. Raith bietet an, zum besseren Verständnis einen detaillierter gezeichneten Plan als Anlage zu Protokoll zu geben.

Herr Bauschke bedankt sich bei der Verwaltung für das überarbeitete Konzept.

Das Thema wird am 04.08.2022 erneut im Ausschuss beraten.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Herr Bauschke schließt die Sitzung.

**zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung